



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Wandsbek
Bezirksversammlung

Antrag CDU Bezirksfraktion Wandsbek	Drucksachen-Nr.: 21-6314 Datum: 09.12.2022 Status: öffentlich
---	--

Beratungsfolge		
	Gremium	Datum
Öffentlich	Bezirksversammlung Wandsbek	15.12.2022

**Beratungskampagne zur Stärkung der solaren Energienutzung durch Photovoltaik auf Gewerbedächern auch für den Bezirk Wandsbek
Debattenantrag der CDU-Fraktion**

Sachverhalt:

Die Bezirke Harburg und Hamburg-Mitte bieten eine Beratungskampagne zur Stärkung der solaren Energienutzung durch Photovoltaik für Unternehmen bzw. Eigentümer von Gewerbedächern an. Im Zuge dessen werden im Vorfeld „bestehende Gewerbedächer mit hohem Potenzial identifiziert, die Eigentümer kontaktiert und mit allgemeinen und standortspezifischen Informationen zu den Potenzialen ihrer Dächer ausgestattet. Anschließend besteht die Möglichkeit der direkten Beratung vor Ort oder alternativ digital“, so heißt es in einer Pressemitteilung des Senats.

Damit der Ausbau von Photovoltaikanlagen flächendeckend in der ganzen Stadt vorangetrieben wird, bedarf es der Unterstützung der Stadt, um bei Verfahrens- und Genehmigungsverfahren Hilfestellung zu leisten. Eine Beratungskampagne für Eigentümer von Gewerbedächern ist ein Schritt in die richtige Richtung, muss aber auf alle Bezirke ausgeweitet werden. Die Kampagne, samt Identifizierung der ungenutzten Flächen mit einem hohen Potenzial und der Information und Beratung der Unternehmen, sollte auf den Bezirk Wandsbek ausgeweitet werden.

Dies vorausgeschickt möge die Bezirksversammlung beschließen:

Petition/Beschluss:

1. Der Bezirksamtsleiter möge sich bei den zuständigen Stellen dafür einsetzen, dass die Beratungskampagne zur Stärkung der solaren Energienutzung durch Photovoltaik auf Gewerbedächern, wie sie in den Bezirken Harburg und Hamburg-Mitte angeboten wird,

auch im Bezirk Wandsbek zeitnah etabliert wird.

2. Die Verwaltung wird gebeten Gewerbedächer mit hohem Potenzial für die Nutzung von Photovoltaik im Bezirk Wandsbek zu identifizieren.
3. Die Verwaltung wird gebeten einen Ansprechpartner zu benennen, an den sich Unternehmen vor dem Start der Beratungskampagne wenden können, bei Fragen rund um die Installation und Nutzung von Photovoltaikanlagen auf Gewerbedächern.
4. Über die Ergebnisse möge im Ausschuss für Klima, Umwelt und Verbraucherschutz informiert werden.

Anlage/n:

keine Anlage/n